



Gemeinsame Medienmitteilung der reformierten und der römisch-katholischen Landeskirche des Kantons Bern

Bern, 21. November 2013

Verhältnis zwischen Kirchen und Staat: Strategie statt kurzfristige Sparübungen

Die Kirchen bedauern den Entscheid des Grossen Rates, im Budget 2014 die Besoldungen der Pfarrpersonen um zwei Millionen Franken zu kürzen. Dies bedeutet einen Abbau von 12–15 Vollzeitstellen in den Kirchgemeinden. Sie appellieren an die Kirchendirektion, bei der Umsetzung auf die Auswirkungen in den Kirchgemeinden zu achten. Die Kirchen sind bereit konstruktiven Gespräch.

Am Beschluss des Grossen Rates, im Budget 2014 bei den Pfarrbesoldungen zwei Millionen Franken zu sparen, haben die Landeskirchen wenig Freude. Andreas Zeller, Synodalratspräsident der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn, erachtet «kurzfristige Einsparungen als nicht zielführend». Er erinnert an den regierungsrätlichen Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat, welcher derzeit erarbeitet wird. «Eine Diskussion macht erst Sinn, wenn dieser Bericht vorliegt. Dabei müssen die wohlerworbenen Rechte der Kirchen gewahrt bleiben.»

Josef Wäckerle, Synodalratspräsident der römisch-katholischen Landeskirche des Kantons Bern, verweist auf die gesellschaftlichen und sozialen Aufgaben, welche die Kirchen erbringen. «Der Beschluss, dass die Kirchen nach dem bereits verordneten Stellenabbau weitere zwei Millionen Franken zu sparen haben, bereitet uns Probleme.» Er rechnet damit, dass deshalb die Dienstleistungen zu Gunsten der Bevölkerung reduziert werden müssen.